

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 21. April 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa**

A. Zielsetzung

Es handelt sich um einen umfassenden Kooperationsvertrag, der perspektivische Aussagen zu allen wesentlichen Bereichen der bilateralen Zusammenarbeit enthält.

B. Lösung

Ratifizierung des oben genannten Vertrags. Der Vertrag bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für den Austausch der Ratifikationsurkunden der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (213) – 301 30 – R1 – Ru 26/93

Bonn, den 4. Februar 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 21. April 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 650. Sitzung am 18. Dezember 1992 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 21. April 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa**

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bukarest am 21. April 1992 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 32 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er die politischen Beziehungen des Bundes regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 32 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet.

Der Vertrag enthält politische Verpflichtungen und Willensbekundungen, die selbst keine finanziellen Auswirkungen haben und auch die Wirtschaft nicht mit Kosten belasten. Insofern sind keine preislichen Auswirkungen zu erwarten.

Auswirkungen auf die Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland sind ebenfalls nicht zu erwarten.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien
über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa

Tratat
între Republica Federală Germania și România
privind cooperarea prietenească și parteneriatul în Europa

Die Bundesrepublik Deutschland
und
Rumänien –

entschlossen, an die Tradition fruchtbarer Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern und Völkern anzuknüpfen und sie im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit und Partnerschaft auf eine umfassende und zukunftsweisende neue Grundlage zu stellen,

ermutigt durch die historischen Veränderungen in Europa, weitere entschlossene Schritte zu unternehmen, um die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung einschließlich kooperativer Strukturen der Sicherheit zu schaffen,

im Bewußtsein ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten und freien Europa,

überzeugt, daß die von Rumänien angestrebte Mitgliedschaft im Europarat und seine Annäherung an andere europäische Institutionen diese Werte stärken wird,

in der Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit ein wichtiges Element der Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen ist,

eingedenk des schöpferischen Beitrags beider Völker zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas sowie der Bedeutung des Kulturaustauschs für das gegenseitige Verständnis und geleitet von dem Wunsche, die seit Jahrhunderten andauernde wechselseitige Bereicherung ihrer Kulturen zu bewahren und weiter zu vertiefen,

in dem Bewußtsein, daß die deutsche Minderheit in Rumänien einen wertvollen und unverwechselbaren Beitrag zum Leben der rumänischen Gesellschaft geleistet hat und weiterhin leistet und somit eine natürliche Brücke zwischen beiden Völkern begründet,

gewillt, diesen historischen Beitrag zum gemeinsamen Wohl weiter wirksam zu erhalten,

Republica Federală Germania
și
România

Hotărâte să continue tradițiile relațiilor fructuoase dintre țările și popoarele lor și să le așeze pe o bază nouă, largă, orientată spre viitor, în spiritul cooperării prietenești și parteneriatului,

Încurajate de schimbările istorice din Europa să întreprindă noi pași hotărâți pentru depășirea definitivă a divizării Europei și pentru crearea unei ordini juste și durabile de pace în Europa, precum și a unor structuri cooperative de securitate,

Conștiente de interesele lor comune și de răspunderea lor comună pentru edificarea unei noi Europe, liberă și unită prin drepturile omului, democrație și statul de drept,

Convinse că dobândirea calității de membru al Consiliului Europei, spre care aspiră România, și apropierea ei de alte instituții europene vor întări aceste valori,

Recunoscând că un element important pentru dezvoltarea relațiilor bilaterale îl reprezintă cooperarea economică,

Ținând seama de contribuția creatoare a celor două popoare la moștenirea culturală comună a Europei și de însemnătatea schimburilor culturale pentru înțelegerea reciprocă și călăuzite de dorința de a păstra și valorifica îmbogățirea reciprocă a culturii lor, acumulate de-a lungul secolelor,

Conștiente că minoritatea germană din România a adus și aduce în continuare o contribuție valoroasă și inconfundabilă la viața societății românești și constituie astfel o punte firească de legătură între cele două popoare,

În dorința de a păstra viabilă această contribuție istorică, spre binele comun,

in der festen Überzeugung, daß der jungen Generation bei der zukunftsweisenden Gestaltung von Dialog und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern eine besondere Rolle zukommt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien werden ihre Beziehungen im Geiste der freundschaftlichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit in Europa gestalten und entwickeln. Sie streben eine enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten an; soweit erforderlich, werden sie weitere Vereinbarungen treffen.

(2) Sie streben die Schaffung eines Europa an, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich derjenigen der Angehörigen nationaler Minderheiten, auf der Grundlage von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geachtet werden.

Artikel 2

Die Vertragsparteien handeln bei der Gestaltung ihrer Beziehungen und in Fragen des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und in der Welt in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, sowie mit der Schlußakte von Helsinki vom 1. August 1975, der Charta von Paris für ein neues Europa vom 21. November 1990 sowie den anderen KSZE-Dokumenten. Sie lassen sich dabei insbesondere von folgenden Grundsätzen leiten:

Oberstes Ziel ihrer Politik ist es, den Frieden zu wahren und zu festigen sowie jede Art von Krieg und bewaffnete Konflikte zuverlässig zu verhindern.

Sie bekennen sich gemeinsam dazu, daß die in der Charta von Paris bekräftigten Prinzipien der Achtung der Menschenrechte, der Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie unverbrüchlichen Bestand haben müssen und sind sich insbesondere in der Absage an jede Form totalitärer Herrschaft einig.

Sie achten die souveräne Gleichheit, die territoriale Integrität, die Unverletzlichkeit der Grenzen, die politische Unabhängigkeit aller Staaten sowie den Grundsatz des Verbots der Drohung mit oder Anwendung von Gewalt.

Sie lösen ihre Streitigkeiten ausschließlich mit friedlichen Mitteln.

Sie bekräftigen das Recht aller Völker, ihr Schicksal frei und ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu gestalten.

Sie stellen den Menschen mit seiner Würde und mit seinen Rechten, die Sorge für das Überleben der Menschheit und die Erhaltung der natürlichen Umwelt in den Mittelpunkt ihrer Politik.

Artikel 3

Die Vertragsparteien werden den Prozeß der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki und der nachfolgenden KSZE-Dokumente, insbesondere der Charta von Paris für ein neues Europa, unterstützen und unter Mitwirkung aller Teilnehmerstaaten weiter stärken und entwickeln, namentlich durch die Nutzung und den geeigneten Ausbau der neu geschaffenen Strukturen und Institutionen. Die Garantie der Menschenrechte sowie von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist ihnen ein gemeinsames Anliegen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien haben in einem sich wandelnden politischen und militärischen Umfeld in Europa das gemeinsame Ziel, durch den Aufbau kooperativer Sicherheitsstrukturen auf eine Stärkung der Stabilität und Erhöhung der Sicherheit hinzuwirken. Sie werden insbesondere zusammenarbeiten, um die sich ergebenden neuen Möglichkeiten gemeinsamer Anstrengungen im Bereich der Sicherheit zu nutzen.

Ferm convinse că tinerei generații îi revine un rol deosebit în organizarea de perspectivă a dialogului și a cooperării dintre cele două țări,

Au convenit următoarele:

Articolul 1

(1) Părțile Contractante vor organiza și dezvolta relațiile dintre ele în spiritul cooperării prietenești și de parteneriat în Europa. Ele vor acționa în conformitate cu dreptul internațional, în special cu Carta Națiunilor Unite, precum și cu Actul Final de la Helsinki din 1 august 1975, cu Carta de la Paris pentru o nouă Europă din 21 noiembrie 1990, precum și cu celelalte documente ale Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa. Ele se vor călăuzi îndeosebi după următoarele principii:

(2) Ele tind spre crearea unei Europe, în care, pe baza democrației și a statului de drept, vor fi respectate drepturile omului și libertățile fundamentale, inclusiv cele ale persoanelor aparținând minorităților naționale.

Articolul 2

Părțile Contractante, în organizarea relațiilor dintre ele, precum și în problemele păcii, securității și colaborării în Europa și în lume, vor acționa în conformitate cu dreptul internațional, în special cu Carta Națiunilor Unite, precum și cu Actul Final de la Helsinki din 1 august 1975, cu Carta de la Paris pentru o nouă Europă din 21 noiembrie 1990, precum și cu celelalte documente ale Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa. Ele se vor călăuzi îndeosebi după următoarele principii:

Obiectivul suprem al politicii lor este menținerea și consolidarea păcii și prevenirea sigură a oricăror războaie și a altor conflicte armate.

Ele se pronunță pentru valabilitatea de durată a principiilor confirmate în Carta de la Paris, referitoare la respectarea drepturilor omului, edificarea statului de drept și a democrației și, în mod deosebit, sint de acord că orice formă de dominație totalitară trebuie respinsă.

Ele respectă egalitatea suverană, integritatea teritorială, inviolabilitatea frontierelor, independența politică a tuturor statelor, precum și principiul interzicerii amenințării cu forța și a folosirii forței.

Ele vor soluționa diferendele dintre ele exclusiv prin mijloace pașnice.

Ele reafirmă dreptul tuturor popoarelor de a-și hotărî soarta în mod liber și fără amestec din afară și de a-și înfăptui dezvoltarea politică, economică, socială și culturală așa cum o doresc.

Ele vor așeza în centrul politicii lor ființa umană cu demnitatea și cu drepturile sale, preocuparea pentru supraviețuirea omenirii și păstrarea mediului natural.

Articolul 3

Părțile Contractante vor sprijini procesul securității și cooperării în Europa, pe baza Actului final de la Helsinki și a celorlalte documente C.S.C.E., în special Carta de la Paris pentru o nouă Europă; ele vor contribui, împreună cu toate statele participante, la consolidarea și dezvoltarea în continuare a acestui proces, în special prin folosirea și dezvoltarea adecvată a structurilor și instituțiilor nou create. Garantarea drepturilor omului, precum și a democrației și a statului de drept reprezintă pentru ele o problemă de interes comun.

Articolul 4

(1) Părțile Contractante au obiectivul comun de a acționa, în contextul politic și militar aflat în plină schimbare în Europa, pentru consolidarea stabilității și pentru sporirea securității prin dezvoltarea unor structuri cooperative de securitate. Ele vor colabora în mod deosebit pentru a folosi posibilitățile noi în vederea eforturilor comune în domeniul securității.

(2) Sie treten dafür ein, daß Streitkräfte und Rüstungen durch verbindliche und wirksam überprüfbare Vereinbarungen auf ein möglichst niedriges Niveau reduziert werden, das zur Verteidigung ausreicht, aber nicht zum Angriff befähigt.

(3) Sie werden sich, auch gemeinsam, für die volle Umsetzung der bestehenden Übereinkünfte im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle und für den weiteren Ausbau von Maßnahmen der Rüstungskontrolle einsetzen, die Stabilität und Vertrauen in Europa, auch im Hinblick auf seine einzelnen Regionen, stärken und zu größerer Offenheit führen.

Artikel 5

(1) Die Vertragsparteien betonen die bedeutende Rolle von Konsultationen auf allen Ebenen über wichtige Fragen der internationalen Politik, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, sowie über die weitere Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen.

(2) Die Außenminister tragen für die Durchführung des Vertrags in seiner Gesamtheit Sorge. Die Vertragsparteien befürworten Konsultationen auch der Fachminister und der leitenden Beamten.

(3) Gemischte Kommissionen üben ihre Tätigkeit je nach Bedarf gemäß gegenseitiger Absprache aus.

Artikel 6

Falls eine Situation entsteht, die nach Meinung einer Vertragspartei eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellt oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen kann, so werden beide Vertragsparteien im Rahmen der Verfahren der KSZE wie auch der Vereinten Nationen zusammenarbeiten. Sie werden unverzüglich miteinander Verbindung aufnehmen und bemüht sein, ihre Positionen abzustimmen und Einverständnis über Maßnahmen zu erzielen, die geeignet sind, die Lage zu verbessern oder zu bewältigen.

Artikel 7

(1) Die Vertragsparteien unterstützen die Kontakte und den Erfahrungsaustausch zwischen den Parlamenten zur Stärkung des Demokratisierungsprozesses, zur Förderung der bilateralen Beziehungen und im Hinblick auf die Zusammenarbeit in Europa.

(2) Sie ermutigen Städte, Gemeinden und andere Gebietskörperschaften zu partnerschaftlicher Zusammenarbeit und direkten Kontakten.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien betonen die bedeutende Rolle der regionalen Zusammenarbeit, darunter der Donauanliegerstaaten, für das Zusammenwachsen Europas.

(2) Sie werden ihre Zusammenarbeit untereinander und mit anderen Donauanliegerstaaten erweitern, um die Schifffahrt auf der Donau weiterzuentwickeln. Besondere Bedeutung messen sie der Zusammenarbeit bei der Verhütung, Erfassung und Beseitigung der Umweltbelastungen an der Donau und in ihrem Einzugsgebiet bei.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien messen dem Ziel der Europäischen Einheit auf der Grundlage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit höchste Bedeutung bei und werden sich für die Erreichung dieser Einheit einsetzen.

(2) Sie messen einer Mitgliedschaft Rumäniens im Europarat hohe Bedeutung für dessen Integration in die auf diese Werte gegründete Staatengemeinschaft bei. Sie werden ihre Zusammenarbeit im Rahmen der Institutionen und Verträge des Europarats im Hinblick auf diese Zielsetzung und eine verstärkte Einbeziehung dieser europäischen Staatenorganisation in den Bau des künftigen Europas verstärken.

(2) Ele se pronunță pentru realizarea unor înțelegeri obligatorii și eficient verificabile pentru reducerea forțelor armate și armamentelor la un nivel cât mai scăzut, care să fie suficient pentru apărare, dar să nu permită comiterea unei agresiuni.

(3) Ele se angajează să acționeze, atât fiecare cât și împreună, pentru deplina aplicare a convențiilor existente în domeniul dezarmării și al controlului înarmărilor, pentru lărgirea în continuare a măsurilor de control al înarmărilor, de natură să întărească stabilitatea și încrederea în Europa, inclusiv în diferite regiuni ale acesteia, și să ducă la o mai mare transparență.

Articolul 5

(1) Părțile Contractante subliniază rolul important al consultărilor, la toate nivelele, cu privire la probleme importante internaționale, ale securității și cooperării în Europa, precum și cu privire la dezvoltarea în continuare a relațiilor bilaterale.

(2) Miniștrii afacerilor externe se vor îngriji de aplicarea prezentului Tratat, în ansamblu. Părțile Contractante se pronunță pentru organizarea de consultări între miniștrii de resort, precum și între înalți funcționari.

(3) Potrivit necesităților, comisiile mixte își vor desfășura activitatea pe bază de înțelegeri.

Articolul 6

În cazul apariției unei situații care, după părerea uneia din Părțile Contractante, reprezintă o amenințare la adresa păcii sau o încălcare a păcii, sau poate genera o situație internațională periculoasă, cele două Părți Contractante vor coopera în cadrul procedurilor Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa și ale Organizației Națiunilor Unite. Ele vor intra imediat în contact și se vor strădui să-și armonizeze pozițiile și să se pună de acord asupra unor măsuri de natură să ducă la ameliorarea acestei situații sau la soluționarea ei.

Articolul 7

(1) Părțile Contractante vor sprijini contactele și schimbul de experiență între parlamente în vederea consolidării procesului de democratizare și pentru promovarea relațiilor bilaterale și a cooperării în Europa.

(2) Ele vor încuraja dezvoltarea cooperării de parteneriat și a contactelor directe dintre orașe, comune și alte unități administrativ-teritoriale.

Articolul 8

(1) Părțile Contractante subliniază rolul important al cooperării regionale, inclusiv dintre statele riverane la Dunăre, în vederea dezvoltării împreună a Europei.

(2) Ele vor extinde cooperarea lor reciprocă, precum și cu alte state riverane la Dunăre, în vederea dezvoltării în continuare a navigației pe Dunăre. Ele vor acorda o atenție deosebită cooperării în domeniul prevenirii, constatării și eliminării poluării apelor Dunării și a zonelor adiacente.

Articolul 9

(1) Părțile Contractante acordă cea mai mare însemnătate obiectivului Unității Europene pe baza drepturilor omului, democrației și statului de drept și vor acționa pentru realizarea acestei unități.

(2) Ele acordă o mare însemnătate participării României ca membru la Consiliul Europei, în vederea integrării ei în comunitatea statelor bazată pe aceste valori. Ele vor intensifica cooperarea lor în cadrul instituțiilor și convențiilor Consiliului Europei, în vederea realizării acestor obiective și a unei implicări mai accentuate a acestei organizații a statelor europene în construcția Europei viitorului.

(3) Mit dem Abschluß des Handels- und Kooperationsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Rumänien ist die Grundlage geschaffen worden, um über kurzfristige Hilfsmaßnahmen hinaus auch mittelfristig zur Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Reformprozesses beizutragen.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt Bemühungen, die Grundlagen für eine weitere wirtschaftliche und politische Heranführung Rumäniens an die Europäische Gemeinschaft, insbesondere durch den Abschluß eines Assoziierungsabkommens, zu schaffen.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien werden sich für die Ausweitung und Diversifizierung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen in allen Bereichen einsetzen. Sie werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Gesetzgebung und ihrer Verpflichtungen aus internationalen Verträgen, darunter den Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland aus der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft, die günstigsten Rahmenbedingungen, insbesondere auf wirtschaftlichem, rechtlichem und organisatorischem Gebiet, für natürliche und juristische Personen für unternehmerische und wirtschaftliche Tätigkeit schaffen.

(2) Sie sind sich einig darüber, daß der in Rumänien eingeleitete wirtschaftliche Umgestaltungsprozeß durch internationale Zusammenarbeit gefördert werden soll. Die Bundesrepublik Deutschland ist bereit, sowohl bilateral als auch multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens in Richtung auf eine voll entwickelte soziale Marktwirtschaft hinzuwirken als Beitrag zum Abbau des wirtschaftlichen Entwicklungsunterschieds in Europa.

(3) Die Vertragsparteien bekunden ihre Bereitschaft, unter Berücksichtigung ihrer beiderseitigen Interessen und der Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen der multilateralen Finanzinstitutionen, insbesondere des Internationalen Währungsfonds, der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammenzuarbeiten.

(4) Sie werden insbesondere die Zusammenarbeit zur Förderung und zum gegenseitigen Schutz von Investitionen auf der Grundlage des am 12. Oktober 1979 geschlossenen Vertrags unter Ausnutzung der verfügbaren Instrumente weiterentwickeln. Besondere Aufmerksamkeit wird der Zusammenarbeit zwischen kleineren und mittleren Betrieben gelten.

(5) Sie werden die Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften der Wirtschaft unterstützen und ausbauen.

Artikel 11

Die Vertragsparteien sind sich einig über die besondere Bedeutung ihrer Zusammenarbeit bei der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, bei deren Verarbeitung, Transport und Lagerung sowie bei der Schaffung und Förderung moderner, hochleistungsfähiger landwirtschaftlicher Betriebe, die Kooperationsbeziehungen mit der Nahrungsmittel- und Verarbeitungsindustrie sowie dem Handel unterhalten.

Artikel 12

(1) Die Vertragsparteien messen der Erkennung und Abwehr drohender Gefahren für die Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch im Interesse künftiger Generationen große Bedeutung bei. Sie bekräftigen ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Umweltschutzes vertraglich auszubauen und auch im multilateralen Rahmen weiter zu intensivieren.

(2) Sie setzen sich für eine europäische Umweltpolitik ein, die eine dauerhafte umweltverträgliche Entwicklung in ganz Europa zum Ziel hat.

(3) Prin încheierea acordului comercial și de cooperare dintre Comunitățile Europene și România s-au creat premisele pentru a putea contribui – pe lângă ajutorul pe termen scurt – și prin măsuri pe termen mediu, la sprijinirea procesului de reforme politice și economice.

(4) Republica Federală Germania sprijină eforturile în vederea creării condițiilor pentru o continuă apropiere economică și politică a României de Comunitatea Europeană, în special prin încheierea unui acord de asociere.

Articolul 10

(1) Părțile Contractante vor promova extinderea și diversificarea relațiilor lor economice, în toate domeniile. În cadrul legislației lor naționale și a obligațiilor lor decurgând din tratate internaționale, inclusiv a obligațiilor Republicii Federale Germania decurgând din participarea sa ca membru la Comunitatea Europeană, ele vor acorda persoanelor fizice și juridice cele mai avantajoase condiții-cadru, îndeosebi în domeniul economic, juridic și organizatoric, pentru activități cu caracter economic și lucrativ.

(2) Ele sînt de acord că înfăptuirea reformei economice care a început în România trebuie să fie sprijinită prin cooperare internațională. Republica Federală Germania este dispusă să acționeze, atât bilateral cît și multilateral, pentru sprijinirea dezvoltării economice a României în direcția unei economii sociale de piață pe deplin dezvoltate, ca o contribuție la diminuarea diferențelor în nivelul de dezvoltare economică în Europa.

(3) Părțile Contractante își exprimă disponibilitatea lor de a coopera în cadrul instituțiilor financiare multilaterale, în special cu Fondul Monetar Internațional, Banca Mondială și Banca Europeană pentru Reconstrucție și Dezvoltare, ținînd cont de interesele lor reciproce și de cooperarea cu alte țări.

(4) Ele vor acționa îndeosebi pentru dezvoltarea în continuare a cooperării cu privire la promovarea și garantarea reciprocă a investițiilor de capital, pe baza acordului încheiat la 12 octombrie 1979, folosind instrumentele disponibile. O atenție deosebită se va acorda cooperării dintre întreprinderile mici și mijlocii.

(5) Ele vor sprijini și extinde colaborarea în domeniul pregătirii și perfecționării de specialiști și factori de conducere din economie.

Articolul 11

Părțile Contractante sînt de acord în ceea ce privește însemnătatea deosebită a cooperării lor în domeniul producției, transportului, depozitării și prelucrării produselor agricole, precum și pentru crearea și dezvoltarea unor exploatare agricole moderne și eficiente, care să întrețină relații de cooperare cu industria alimentară și prelucrătoare, precum și cu rețelele de comercializare.

Articolul 12

(1) Părțile Contractante acordă o mare importanță identificării și combaterii pericolelor care amenință mediul înconjurător și conservării bazelor naturale de viață, ținînd seama și de interesele generațiilor viitoare. Ele reafirmă hotărîrea lor de a extinde colaborarea în domeniul protecției mediului, pe bază de acorduri, precum și de a o intensifica în continuare în cadrul multilateral.

(2) Ele se pronunță pentru o politică europeană a mediului înconjurător, în scopul unei dezvoltări de durată, compatibilă din punct de vedere ecologic, în întreaga Europă.

Artikel 13

(1) Die Vertragsparteien streben eine Intensivierung des Luft-, Eisenbahn- und Straßenverkehrs sowie der See- und Binnenschifffahrt unter Nutzung modernster Technologien an.

(2) Sie bemühen sich, günstige Rahmenbedingungen für die Nutzung ihrer Verkehrswege und ihrer Verkehrsmittel bei Beförderung zwischen ihren Hoheitsgebieten und im Durchgangsverkehr zu schaffen.

(3) Sie streben auch die Erweiterung, Verbesserung und Harmonisierung der Kommunikationsverbindungen zwischen beiden Ländern unter Berücksichtigung der internationalen und insbesondere der europäischen Entwicklung in Normung und Technologie an. Dies gilt insbesondere für Telefon- und Telexverbindungen sowie Verbindungen zur elektronischen Datenübertragung.

Artikel 14

Die Vertragsparteien werden auf der Grundlage der geschlossenen Übereinkünfte die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit zum Wohle der Menschen und zu friedlichen Zwecken weiter ausbauen. Sie werden hierzu gemeinsame Vorhaben durchführen und entsprechende Initiativen von Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen unterstützen. Sie werden den Austausch von Wissenschaftlern und Fachleuten, von wissenschaftlich-technischer Information und Dokumentation sowie den Zugang zu Archiven, Bibliotheken, Forschungsinstituten und ähnlichen Einrichtungen erleichtern.

Artikel 15

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, die im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE vom 29. Juni 1990 sowie in weiteren KSZE-Dokumenten niedergelegten Standards zum Schutze von Minderheiten als Recht anzuwenden.

(2) Die Angehörigen der deutschen Minderheit in Rumänien, das heißt rumänische Staatsangehörige deutscher Abstammung, haben demzufolge insbesondere das Recht, einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln, frei von jeglichen Versuchen, gegen ihren Willen assimiliert zu werden. Sie haben das Recht, ihre Menschenrechte und Grundfreiheiten ohne jegliche Diskriminierung und in voller Gleichheit vor dem Gesetz voll und wirksam auszuüben. Die Angehörigen der deutschen Minderheit haben das Recht, wirksam an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen, einschließlich der Mitwirkung an Angelegenheiten betreffend den Schutz und die Förderung ihrer Identität.

(3) Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit in Rumänien ist persönliche Entscheidung jedes einzelnen, die für ihn keinen Nachteil mit sich bringen darf.

(4) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Verwirklichung dieses Artikels werden die Vertragsparteien, unbeschadet der Bestimmungen von Artikel 5, die geltenden KSZE-Streitregelungsverfahren anwenden. Sie sind sich auch einig, daß im Interesse des Personenkreises, auf den sich dieser Artikel bezieht, und der Förderung der Verständigung, des Vertrauens und der gegenseitigen Achtung, keine der Vertragsparteien einseitig ein solches Streitregelungsverfahren für unanwendbar erklärt.

Artikel 16

(1) Rumänien schützt und unterstützt die Identität der Angehörigen der deutschen Minderheit in Rumänien durch konkrete Förderungsmaßnahmen, insbesondere durch die Schaffung günstiger Bedingungen für das Wirken deutschsprachiger Schulen und Kultureinrichtungen in Gebieten, in denen Angehörige dieser

Articolul 13

(1) Părțile Contractante vor promova intensificarea transporturilor aeriene, pe căile ferate și rutiere, precum și a navigației maritime și pe căile navigabile interioare, folosind cele mai moderne tehnologii.

(2) Ele vor depune eforturi pentru a crea condiții-cadru favorabile pentru folosirea legăturilor și a mijloacelor lor de transport în transportul direct între teritoriile lor, precum și în transportul de tranzit.

(3) Ele vor promova, de asemenea, extinderea, îmbunătățirea și armonizarea legăturilor de comunicație dintre cele două țări, ținând seama de dezvoltarea internațională și, îndeosebi, europeană în domeniul standardizării și tehnologiei. Aceasta se referă în mod special la legăturile de telefon și telex, precum și la cele pentru transmiterea electronică a datelor.

Articolul 14

Părțile Contractante vor extinde în continuare colaborarea tehnico-științifică, spre binele oamenilor și în scopuri pașnice, pe baza convențiilor încheiate. În acest sens, ele vor realiza proiecte comune și vor sprijini inițiativele corespunzătoare ale oamenilor de știință și ale instituțiilor de cercetare. Ele vor înlesni schimbul de oameni de știință și specialiști, de documentații și informații tehnico-științifice, precum și accesul la arhive, biblioteci, instituții de cercetare și alte asemenea instituții.

Articolul 15

(1) Părțile Contractante convin să pună în aplicare, ca norme juridice, standardele privind protecția minorităților cuprinse în documentul Reuniunii de la Copenhaga asupra dimensiunii umane a Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa, din 29 iunie 1990, precum și în alte documente ale Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa.

(2) Drept urmare, persoanele aparținând minorității germane din România, și anume cetățenii români de origine germană, au, îndeosebi, dreptul, individual sau împreună cu alți membri ai grupului lor, la liberă exprimare, la menținerea și dezvoltarea în continuare a identității etnice, culturale, de limbă și religioase, la adăpost de orice încercare de asimilare împotriva voinței lor. Ei au dreptul să-și exercite pe deplin și efectiv drepturile omului și libertățile fundamentale, fără nici o discriminare și în deplină egalitate în fața legii. Persoanele aparținând minorității germane au dreptul să participe în mod efectiv la treburile publice, îndeosebi la activitățile privind protecția și promovarea identității lor.

(3) Apartenența la minoritatea germană din România depinde de decizia proprie a fiecărei persoane, iar dintr-o asemenea opțiune nu poate rezulta nici un dezavantaj.

(4) În caz de divergențe de opinie privind interpretarea și aplicarea prezentului articol, Părțile Contractante, fără a aduce atingere prevederilor articolului 5, vor aplica procedurile în vigoare în cadrul Conferinței pentru Securitate și Cooperare în Europa privind reglementarea diferendelor. Ele sînt de acord, de asemenea, ca, în interesul grupului de persoane la care se referă prezentul articol și al încurajării înțelegerii, încrederii și respectului reciproc, nici una să nu declare unilateral drept inaplicabilă o asemenea procedură de reglementare a diferendelor.

Articolul 16

(1) România va proteja identitatea persoanelor aparținând minorității germane din România și va sprijini promovarea ei prin măsuri concrete, în special prin crearea condițiilor favorabile pentru funcționarea școlilor și instituțiilor culturale de limbă germană din zone în care trăiesc membri ai acestui grup. România va

Gruppe leben. Rumänien ermöglicht und erleichtert Förderungsmaßnahmen aus der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der deutschen Minderheit in Rumänien.

(2) Die Vertragsparteien vereinbaren Programme mit konkreten Maßnahmen, um unter den gewandelten Bedingungen in Rumänien den Bestand der deutschen Minderheit zu sichern und um sie bei der Neugestaltung ihres gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens zu unterstützen. Diese Maßnahmen sind so zu gestalten und durchzuführen, daß sie nicht die Rechte anderer rumänischer Staatsangehöriger verletzen.

Artikel 17

Keine der Verpflichtungen aus den Artikeln 15 und 16 darf so ausgelegt werden, daß sie das Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, die in Widerspruch zu den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, anderen völkerrechtlichen Verpflichtungen oder den Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki sowie der Charta von Paris, einschließlich des Prinzips der territorialen Integrität der Staaten, steht.

Artikel 18

(1) Die Vertragsparteien werden sich bemühen, auf der Grundlage der zwischen ihnen bestehenden Abkommen und Vereinbarungen den Kulturaustausch in allen Bereichen und auf allen Ebenen zu intensivieren und auszubauen, um damit zu einem gegenseitigen Kennenlernen der nationalen Kulturen und zu einer Bereicherung des gemeinsamen kulturellen Erbes Europas beizutragen.

(2) Die Beauftragten der Vertragsparteien werden sich regelmäßig treffen, um den Kulturaustausch in allen Bereichen zu bewerten und Empfehlungen auszusprechen.

(3) Die Vertragsparteien ermutigen die unmittelbare kulturelle Zusammenarbeit, insbesondere zwischen kulturellen Institutionen und Organisationen, Vereinigungen von Künstlern und Künstlern beider Länder.

Artikel 19

(1) Die Vertragsparteien werden bei der Erhaltung und Pflege des europäischen kulturellen Erbes, einschließlich der Denkmalpflege, zusammenarbeiten.

(2) Sie werden sich insbesondere der auf ihrem Gebiet befindlichen Orte und Kulturgüter annehmen, die von geschichtlichen Ereignissen sowie kulturellen und wissenschaftlichen Leistungen und Traditionen der anderen Kultur zeugen. Sie werden zu ihnen freien und ungehinderten Zugang ermöglichen beziehungsweise sich für einen solchen Zugang einsetzen, soweit dieser nicht in staatlicher Zuständigkeit geregelt werden kann. Die genannten Orte und Kulturgüter stehen unter dem Schutz der Gesetze. Die Vertragsparteien werden, von dem Wunsch beider Völker geleitet, einander besser kennen- und verstehen zu lernen, gemeinsame Initiativen in diesem Bereich verwirklichen.

Artikel 20

Die Vertragsparteien werden das Abkommen über die gegenseitige Errichtung und die Tätigkeit von Kultur- und Informationszentren mit Leben erfüllen und voll ausschöpfen.

Artikel 21

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Absicht, die schulische und wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Gebieten auszuweiten. Insbesondere werden sie die unmittelbare Kooperation zwischen Schulen, Hochschulen und den wissenschaftlichen Einrichtungen durch den Austausch von Schülern, Studenten, Lehrern und wissenschaftlichen Lehrkräften fördern. Sie streben die Einrichtung von Schulen in Rumänien an, an denen in beiden Sprachen unterrichtet wird.

permite și va facilita măsurile de promovare din Republica Federală Germania în favoarea minorității germane din România.

(2) Părțile Contractante vor conveni programe de măsuri concrete pentru a asigura menținerea minorității germane și pentru a o sprijini în reorganizarea vieții ei sociale, culturale și economice, în noile condiții din România. Aceste măsuri vor fi astfel concepute și înfăptuite încât să nu lezeze drepturile altor cetățeni români.

Articolul 17

Nici unul din angajamentele din articolele 15 și 16 nu poate fi interpretat ca implicând vreun drept de a întreprinde vreo activitate sau de a comite vreo acțiune contrară scopurilor și principiilor Cartei Organizației Națiunilor Unite, altor obligații decurgând din dreptul internațional sau prevederilor Actului final de la Helsinki și ale Cartei de la Paris, inclusiv principiul integrității teritoriale a statelor.

Articolul 18

(1) Părțile Contractante se vor strădui să intensifice și să extindă schimburile culturale în toate domeniile și la toate nivelurile, pe baza acordurilor și înțelegerilor existente între ele, contribuind astfel la cunoașterea reciprocă a valorilor culturale naționale, precum și la îmbogățirea patrimoniului comun al culturii europene.

(2) Reprezentanții Părților Contractante se vor întâlni periodic pentru a evalua schimburile culturale în toate domeniile și pentru a formula recomandări.

(3) Părțile Contractante vor încuraja colaborarea culturală directă, în special între organizații și instituții culturale, uniuni de creație, precum și între oameni de cultură și artă din cele două țări.

Articolul 19

(1) Părțile Contractante vor colabora în vederea păstrării și valorificării moștenirii culturale europene, inclusiv în domeniul conservării monumentelor.

(2) Ele se vor îngriji în mod deosebit de siturile și bunurile culturale de pe teritoriul lor, care sînt mărturia unor evenimente istorice, precum și a unor realizări și tradiții culturale și științifice ale celeilalte culturi. Ele vor permite accesul liber și nestingherit la ele și, în măsura în care acesta nu poate fi reglementat pe baza competențelor statului, vor interveni în favoarea unui asemenea acces. Siturile și bunurile culturale menționate se vor afla sub protecția legilor. Părțile Contractante, inspirate de dorința celor două popoare pentru o mai bună cunoaștere și înțelegere reciprocă, vor transpune în viață inițiative comune în acest domeniu.

Articolul 20

Părțile Contractante vor transpune în viață acordul dintre ele privind înființarea de centre de cultură și informații, pe bază de reciprocitate, și activitatea acestora, folosind toate posibilitățile oferite de acesta.

Articolul 21

(1) Părțile Contractante reafirmă dorința lor de a extinde cooperarea în toate domeniile învățămîntului și științei. În mod deosebit, ele vor promova cooperarea directă între instituții de învățămînt mediu și universitar și între instituții științifice, prin schimburi de elevi, studenți și cadre didactice. Ele se vor strădui să înființeze în România școli cu predarea în ambele limbi.

(2) Sie streben an, die Möglichkeiten einer gegenseitigen Anerkennung von Hochschulabschlüssen zu erweitern.

Artikel 22

Die Vertragsparteien messen der Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung große Bedeutung bei und werden sie ausbauen und vertiefen.

Artikel 23

(1) Die Vertragsparteien werden umfassende Kontakte, insbesondere Besuche und persönliche Begegnungen ihrer Bürger fördern; die sie als wesentliche Voraussetzung für das gegenseitige Kennenlernen und die Vertiefung des Verständnisses zwischen ihren Völkern betrachten.

(2) Sie unterstützen die enge Zusammenarbeit zwischen den politischen Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Stiftungen, Sportorganisationen, sozialen Einrichtungen, Frauen-, Umweltschutz- und anderen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden.

Artikel 24

(1) Die Vertragsparteien bekräftigen ihre Bereitschaft, allen interessierten Personen breiten Zugang zu Sprache und Kultur des anderen Landes zu ermöglichen. Sie unterstützen entsprechende Initiativen öffentlicher und privater Träger.

(2) Sie werden bei der Entsendung von Lehrern, der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften sowie bei der Entwicklung und Bereitstellung von Lehrmaterial, einschließlich des Einsatzes von audiovisuellen Materialien, zusammenarbeiten.

(3) Sie setzen sich dafür ein, den Unterricht der Sprache des anderen Landes an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu erweitern. Sie werden sich bemühen, an ihren Hochschulen die Möglichkeiten des Studiums der Kultur, Literatur und Sprache des anderen Landes auszubauen.

Artikel 25

Die Vertragsparteien messen bei der künftigen Gestaltung ihrer Beziehungen der aktiven Beteiligung der jungen Generation zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses wesentliche Bedeutung zu. Sie treten deshalb für umfassende und enge Kontakte der deutschen und der rumänischen Jugend ein. Sie werden daher die Begegnung, den Austausch und die Zusammenarbeit von Jugendlichen unterstützen und fördern.

Artikel 26

(1) Die Vertragsparteien befürworten die Zusammenarbeit der Medien, insbesondere von Fernsehen, Hörfunk und gedruckten Medien. Sie setzen sich dafür ein, daß Rundfunkprogramme des jeweils anderen Landes ungehindert empfangen werden können.

(2) Sie kommen überein, daß Publikationen sowie Beilagen zu Tages- und Wochenzeitungen in der Sprache des anderen Landes frei hergestellt und vertrieben werden können. Publikationen des anderen Landes können in Übereinstimmung mit den Artikeln 19 und 20 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte ungehindert eingeführt und vertrieben werden.

Artikel 27

Die Vertragsparteien werden im Einklang mit dem erreichten Stand ihrer rechtlichen Beziehungen alle geeigneten Maßnahmen treffen, um den Reise- und Fremdenverkehr zu fördern und zu erleichtern.

Artikel 28

(1) Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien bezieht sich auch auf das Gesundheitswesen einschließlich der Beratung bei dessen Umstellung und Modernisierung in Rumänien.

(2) Ele se vor stădui să lărgască posibilitățile de recunoaștere reciprocă a diplomelor de studii universitare.

Articolul 22

Părțile Contractante acordă o deosebită însemnătate cooperării în domeniul învățământului tehnic și profesional și vor extinde și adânci această cooperare.

Articolul 23

(1) Părțile Contractante vor promova contacte largi, în special vizite și întâlniri între cetățenii lor, pe care ele le consideră drept premisă esențială pentru cunoașterea reciprocă și o mai bună înțelegere între popoarele lor.

(2) Ele vor sprijini cooperarea strânsă între partide politice, sindicate, biserici și comunități religioase, fundații, organizații de sport, instituții sociale, organizații și asociații ale femeilor, în domeniul protecției mediului și alte organizații și asociații obștești.

Articolul 24

(1) Părțile Contractante confirmă disponibilitatea lor de a înlesni tuturor persoanelor interesate accesul larg la limba și cultura celeilalte țări. Ele vor sprijini inițiative în acest sens ale organizațiilor publice și particulare.

(2) Ele vor coopera în ceea ce privește trimiterea de profesori, calificarea și perfecționarea de cadre didactice, precum și la producerea și punerea la dispoziție a materialului didactic, inclusiv folosirea materialelor audio-vizuale.

(3) Ele vor acționa pentru extinderea învățării limbii celeilalte țări, în școli și în alte instituții de învățământ. Ele se vor strădui să lărgască posibilitățile de studiere, în universitățile lor, a culturii, literaturii și limbii celeilalte țări.

Articolul 25

Părțile Contractante vor acorda, în cadrul dezvoltării viitoare a relațiilor lor, o importanță deosebită participării active a tinerei generații la promovarea înțelegerii reciproce. De aceea, ele se pronunță pentru contacte intense și cuprinzătoare între tineretul german și român. În consecință, ele vor promova și sprijini întâlnirile, schimburile și cooperarea dintre tineri.

Articolul 26

(1) Părțile Contractante sprijină cooperarea în domeniul mijloacelor de comunicare, îndeosebi televiziunea, radioul și presa scrisă. Ele vor acționa pentru recepționarea nestingherită a programelor radio și de televiziune din cealaltă țară.

(2) Ele au convenit ca publicațiile și suplimentele la ziare și reviste în limba celeilalte țări să poată fi, în mod liber, editate și difuzate. În conformitate cu articolele 19 și 20 ale Pactului internațional asupra drepturilor civile și politice, publicațiile editate în cealaltă țară pot fi introduse și difuzate în mod nestingherit.

Articolul 27

Părțile Contractante vor lua, în concordanță cu stadiul relațiilor lor juridice, toate măsurile menite să promoveze și să înlesnească călătoriile și turismul.

Articolul 28

(1) Cooperarea dintre Părțile Contractante se referă și la domeniul sanitar, inclusiv prin consultări privind reorganizarea și modernizarea sistemului sanitar din România.

(2) Sie werden im Bereich der sozialen Sicherung sowie der arbeits- und sozialpolitischen Zusammenarbeit ihre Beziehungen ausbauen und vertiefen.

Artikel 29

(1) Die Vertragsparteien werden zur Verbesserung des Rechtshilfeverkehrs in Zivil- und Strafsachen wie auch in Verwaltungsangelegenheiten sowie im Konsularwesen unter Berücksichtigung ihrer Rechtsordnungen sowie mehrseitiger Übereinkünfte zusammenarbeiten. Dabei widmen sie den Möglichkeiten der Verfahrensvereinfachung zum Nutzen ihrer Bürger besondere Aufmerksamkeit.

(2) Sie werden im Rahmen ihrer Rechtsordnungen bei der Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere der organisierten Kriminalität einschließlich des illegalen Rauschgifthandels, des internationalen Terrorismus, der unerlaubten Ein- oder Durchreise von Personen, des strafbaren Waffenhandels sowie der illegalen Verschiebung von Kunstgegenständen zusammenwirken.

Artikel 30

Die Vertragsparteien werden zusammenwirken, um sich gegenseitig bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen Hilfe zu leisten.

Artikel 31

Dieser Vertrag richtet sich gegen niemanden. Er berührt nicht die Rechte und Verpflichtungen aus geltenden zweiseitigen und mehrseitigen Übereinkünften, die von den Vertragsparteien mit anderen Staaten geschlossen wurden.

Artikel 32

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am Tage des Austauschs der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Dieser Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Danach verlängert er sich stillschweigend um jeweils weitere fünf Jahre, sofern nicht eine der Vertragsparteien den Vertrag unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Vertreter beider Vertragsparteien diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Bukarest am 21. April 1992 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(2) Părțile Contractante vor dezvoltă și adânci relațiile lor în domeniul protecției sociale și al cooperării în problemele de muncă și politică socială.

Articolul 29

(1) Părțile Contractante vor coopera în vederea îmbunătățirii asistenței juridice în materie civilă și penală, precum și în probleme administrative și consulare, ținând seama de ordinea lor juridică și de convențiile multilaterale. În acest sens, ele vor acorda o atenție deosebită posibilităților de simplificare a procedurilor, în interesul cetățenilor lor.

(2) În cadrul legislațiilor lor, ele vor coopera în vederea combaterii criminalității, în special a crimei organizate, inclusiv a traficului ilegal cu stupefiante, terorismului internațional, a traficului ilegal de persoane, a infracțiunilor privind traficul cu arme, precum și a contrabandei cu opere de artă.

Articolul 30

Părțile Contractante vor conlucra pentru a-și acorda ajutor reciproc în cazul unor catastrofe și accidente grave.

Articolul 31

Prezentul Tratat nu este îndreptat împotriva nimănui. El nu aduce în nici un fel atingere drepturilor și obligațiilor decurgând din convențiile bilaterale și multilaterale în vigoare, încheiate de Părțile Contractante cu alte state.

Articolul 32

(1) Prezentul Tratat va fi supus ratificării; schimbul instrumentelor de ratificare va avea loc, cât mai curând posibil, la Bonn.

(2) Prezentul Tratat va intra în vigoare la data schimbului instrumentelor de ratificare.

(3) Prezentul Tratat va avea o valabilitate de zece ani. După aceea, valabilitatea lui se va prelungi automat pe noi perioade de cinci ani, dacă nici una din Părțile Contractante nu va denunța Tratatul, în scris, cu cel puțin un an înaintea expirării termenului respectiv de valabilitate.

Drept pentru care, reprezentanții celor două Părți Contractante au semnat și sigilat prezentul Tratat.

Încheiat la București, la 21 aprilie 1992, în două exemplare, fiecare în limbile germană și română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Hans-Dietrich Genscher

Für Rumänien
Pentru România
Adrian Nastase

Denkschrift zum Vertrag

Allgemeines

Der am 21. April 1992 von Bundesminister Genscher und dem rumänischen Außenminister Nastase in Bukarest unterzeichnete Vertrag über freundschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft in Europa gibt den Beziehungen der beiden Länder eine neue, den fundamentalen Veränderungen in Europa angepaßte und zukunftsorientierte Grundlage. Er schafft Fundament und Rahmen für eine Zusammenarbeit in allen wesentlichen Bereichen. Rumänien wird mit diesem Vertrag in das harmonische Geflecht bilateraler Verträge mit Nachbarn und Partnern einbezogen, das die Bundesrepublik Deutschland mit Staaten Mittel- und Osteuropas errichtet hat. Damit leistet der Vertrag einen Beitrag zur Überwindung der Teilung Europas und zur Gewinnung der politischen Stabilität auf dem Kontinent.

Der Vertrag schließt folgende Felder der Zusammenarbeit ein: Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie, kulturellen Austausch, menschliche Begegnungen und nicht zuletzt Bekämpfung und Überwindung von Umweltschäden. Besonderes Augenmerk wurde der wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltung und der Überwindung des Entwicklungsgefälles gewidmet. Die Abschnitte über wirtschaftliche Zusammenarbeit sind in diesem Zusammenhang von hervorgehobener Bedeutung. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich unter anderem bereit, auch multilateral auf die Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens in Richtung auf eine voll entwickelte soziale Marktwirtschaft hinzuwirken.

Die Achtung der Menschenrechte, die Verwirklichung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie werden wiederholt als gemeinsames Anliegen genannt; diesen Prinzipien wird damit fundamentale Bedeutung zugewiesen.

Der Vertrag verknüpft bereits in seiner Überschrift die bilateralen Beziehungen mit einer europäischen Perspektive. Er ist auf eine weitere politische und wirtschaftliche Heranführung Rumäniens an die Europäische Gemeinschaft ausgerichtet. Hierfür soll die Assoziierung die Grundlage bilden. Die Abschnitte zu Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle sind geprägt von dem Verständnis, daß der Aufbau kooperativer Strukturen der Sicherheit in Europa auf der Grundlage der KSZE-Dokumente erfolgen muß.

Angesichts der Bedeutung der Minderheitenfrage für die weitere Entwicklung der bilateralen und multilateralen Beziehungen enthält der Vertrag eine rechtlich verbindliche Regelung des Status und der Rechte der deutschen Minderheit in Rumänien. Die deutsche Minderheit wird in ihrer Existenz förmlich anerkannt. Sie erhält eine gesicherte Grundlage für ihre Entfaltung in der angestammten Heimat, indem der europäische Standard der Minderheitenrechte, wie er insbesondere im Dokument des Kopenhagener Treffens über die menschliche Dimension der KSZE niedergelegt ist, in dem Vertrag völkerrechtlich verbindlich festgeschrieben wird. Darüber hinaus werden wesentliche Rechte der deutschen Minderheit im einzelnen genannt und ihre Förderung sowie ihr Schutz beiderseitig bindend ebenso festgelegt wie das Recht der Rumäniendeutschen auf Beteiligung an Entscheidungen, die die

Erhaltung ihrer Identität betreffen. Diese Regelung des Minderheitenschutzes kann als beispielhaft gelten. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der speziellen Schiedsklausel im Minderheitenartikel zu, die vorsieht, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Verwirklichung des vereinbarten Minderheitenschutzes die geltenden KSZE-Streitregelungsverfahren Anwendung finden.

Besonderes

Präambel

Die Präambel bringt die Entschlossenheit beider Seiten zum Ausdruck, an die Tradition der geschichtlich gewachsenen, engen und freundschaftlichen Beziehungen anzuknüpfen und sie auf eine umfassende und zukunftsweisende neue Grundlage zu stellen. Sie betont die Notwendigkeit einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung und verweist auf die gemeinsame Verantwortung beim Aufbau eines vereinten und freien Europa, in dem Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geachtet werden. Die angestrebte Mitgliedschaft Rumäniens im Europarat und anderen europäischen Institutionen soll diese Werte stärken. Wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Beitrag zum gemeinsamen kulturellen Erbe Europas und die Rolle der jüngeren Generation bei Dialog und Zusammenarbeit werden hervorgehoben. Der Beitrag der deutschen Minderheit zum Leben der rumänischen Gesellschaft wird gewürdigt und ihre Brückenfunktion hervorgehoben. Beide Seiten unterstreichen ihren Willen, diesen historischen Beitrag zum gemeinsamen Wohl wirksam zu erhalten.

Artikel 1

Artikel 1 nennt die grundlegenden Vertragsziele. Sie umfassen sowohl den bilateralen Aspekt als auch die Perspektive eines Europa der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Es wird klargestellt, daß die Menschenrechte und Grundfreiheiten auch die der Angehörigen von nationalen Minderheiten einschließen.

Artikel 2

Artikel 2 hält die Grundsätze fest, die in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und mit den KSZE-Dokumenten die bilateralen und anderen Außenbeziehungen bestimmen sollen. Absatz 3 enthält ein gemeinsames Bekenntnis zum Bestand von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Beide Vertragsparteien bekräftigen das Selbstbestimmungsrecht aller Völker.

Artikel 3

Artikel 3 ist der Unterstützung und dem Ausbau des KSZE-Prozesses gewidmet.

Artikel 4

Artikel 4 befaßt sich mit Fragen der Sicherheit, der Abrüstung, der Rüstungskontrolle und der Kontrolle des Exports von Waffen und Rüstungsgütern.

Artikel 5

Artikel 5 betont die Rolle von Konsultationen und regelt die Zusammenarbeit von Kommissionen.

Artikel 6

Artikel 6 sieht Zusammenarbeit im Rahmen der KSZE und der Vereinten Nationen und Verbindungsaufnahme vor in Situationen, die eine Bedrohung für den Frieden oder eine Verletzung des Friedens darstellen oder gefährliche internationale Verwicklungen hervorrufen können.

Artikel 7

Artikel 7 hat den Austausch zwischen den Parlamenten und die Zusammenarbeit von Städten, Gemeinden und Regionen zum Inhalt.

Artikel 8

Artikel 8 unterstreicht die Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit und hebt insbesondere die Kooperation der Donauanliegerstaaten bei Schifffahrt und in Umweltfragen hervor.

Artikel 9

Artikel 9 befaßt sich mit der Mitgliedschaft Rumäniens im Europarat und der Heranführung an die Europäische Gemeinschaft. Die deutsche Seite erklärt ihre Unterstützung für die Bemühungen, die Grundlagen für eine weitere Heranführung Rumäniens an die Europäische Gemeinschaft, insbesondere durch den Abschluß eines Assoziierungsabkommens, zu schaffen.

Artikel 10

Artikel 10 befaßt sich mit den wirtschaftlichen Beziehungen. Die deutsche Seite erklärt ihre Bereitschaft, auf eine Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung in Richtung auf eine voll entwickelte soziale Marktwirtschaft hinzuwirken und in multilateralen Finanzinstitutionen zusammenzuarbeiten. Der Schutz von Investitionen soll weiterentwickelt und die Zusammenarbeit bei der Aus- und Weiterbildung von Fach- und Führungskräften ausgebaut werden.

Artikel 11

Artikel 11 regelt die Zusammenarbeit im Bereich der Landwirtschaft.

Artikel 12

Artikel 12 befaßt sich mit der Zusammenarbeit beim Umweltschutz.

Artikel 13

Dieser Artikel hat die Erweiterung und Verbesserung von Transport- und Kommunikationsverbindungen zum Inhalt.

Artikel 14

Artikel 14 ist der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technologie gewidmet.

Artikel 15 bis 17

Den Artikeln 15 bis 17 kommt aus deutscher Sicht besonders große Bedeutung zu. Sie regeln in beispiel-

hafter Weise die Rechte der deutschen Minderheit in Rumänien.

In Artikel 15 vereinbaren die Vertragsparteien zugunsten der deutschen Minderheit, die politischen Verpflichtungen zum Schutz nationaler Minderheiten in den KSZE-Dokumenten als Recht anzuwenden. Damit werden nicht nur die Rechte der Rumäniendeutschen gemäß europäischem Standard verbindlich festgeschrieben, sondern zugleich wird auch ein Beitrag zur allgemeinen Verrechtlichung dieses Standards geleistet. In Absatz 2 werden zentrale einzelne Rechte der deutschen Minderheit zur Bewertung und Entfaltung ihrer Identität aufgezählt, darunter auch das Recht, wirksam an öffentlichen Angelegenheiten teilzunehmen, einschließlich der Mitwirkung an Angelegenheiten betreffend den Schutz und die Förderung der Identität. Absatz 3 hält das Recht jedes Einzelnen fest, sich ohne Gefahr von Nachteilen zur deutschen Minderheit zu bekennen. Absatz 4 sieht schließlich vor, daß bei Meinungsverschiedenheiten über Auslegung und Verwirklichung der in diesem Artikel verbindlich festgeschriebenen Rechte die geltenden KSZE-Streitregelungsverfahren anzuwenden sind, wobei beide Vertragsparteien ausdrücklich darauf verzichten, ein solches Streitregelungsverfahren einseitig für unanwendbar zu erklären. Auch diese Festlegung eines besonderen, der Materie entsprechenden Schiedsverfahrens unterstreicht die besondere Bedeutung der Minderheitenregelung. In Artikel 16 verpflichtet sich Rumänien sowohl zu eigener Förderung und zum Schutz der deutschen Minderheit als auch dazu, deutsche Förderungsmaßnahmen zu ermöglichen und zu erleichtern. Rumänien verpflichtet sich, für das Wirken deutschsprachiger Schulen und Kultureinrichtungen günstige Bedingungen zu schaffen. Auf diesen Einrichtungen ruht die Identität der deutschen Minderheit; die Bestimmungen ordnen sich insofern dem in Absatz 1 genannten Ziel der Minderheitenregelung zu, den Bestand der deutschen Minderheit zu sichern. In Artikel 17 wird festgehalten, daß aus diesen Regelungen kein mit Völkerrecht in Widerspruch stehendes Recht abgeleitet werden kann.

Artikel 18 bis 25

Artikel 18 bis 25 sind insbesondere den kulturellen Beziehungen gewidmet. Artikel 18 hat die Intensivierung des Kulturaustausches auf allen Ebenen und in allen Bereichen zum Gegenstand. Artikel 19 hat insbesondere die Pflege und Erhaltung der Orte und Kulturgüter, die von geschichtlichen Ereignissen, Leistungen und Traditionen der anderen Kultur zeugen, zum Inhalt, d. h. Zeugnisse der deutschen Minderheit. In Artikel 20 kommt das Bestreben beider Seiten zum Ausdruck, das Abkommen über Kulturinstitute voll auszuschöpfen. Artikel 21 regelt die Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten, während Artikel 22 die Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung vorsieht. Artikel 23 sieht die Förderung persönlicher Begegnungen und der Zusammenarbeit zwischen Parteien und Organisationen vor. Artikel 24 regelt die Förderung des Zugangs zu Sprache und Kultur des jeweils anderen Landes und sieht die Entsendung sowie Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und die Bereitstellung von Lehrmaterial sowie das Bemühen, die Möglichkeiten für Sprachenunterricht und Studium von Literatur und Kultur zu erweitern, vor. Artikel 25 belegt die besondere Bedeutung, die Verständnis und aktive Beteiligung der jungen Generation für die Beziehungen haben.

Artikel 26

Dieser Artikel befaßt sich mit der Zusammenarbeit der Medien.

Artikel 27

Artikel 27 hat die Förderung des Reise- und Fremdenverkehrs zum Gegenstand.

Artikel 28

Artikel 28 regelt die Zusammenarbeit im Bereich des Gesundheitswesens und der Sozialpolitik.

Artikel 29

Artikel 29 enthält Aussagen zur Fortentwicklung der Rechtsbeziehungen und zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus.

Artikel 30

Artikel 30 hat die Zusammenarbeit bei Katastrophenfällen und schweren Unglücksfällen zum Inhalt.

Artikel 31

Artikel 31 stellt fest, daß sich der Vertrag gegen niemanden richtet; er enthält ferner eine allgemeine Unberührtheitsklausel vertraglicher Rechte und Verpflichtungen in bezug auf andere Staaten. Dies ist unter anderem bedeutsam im Zusammenhang mit EG-Verträgen.

Artikel 32

Artikel 32 enthält die üblichen Schlußklauseln und die Festlegung der Vertragsdauer auf 10 Jahre mit stillschweigender Verlängerungsmöglichkeit um jeweils weitere fünf Jahre.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates**Zu den Eingangsworten**

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:“

Begründung

Die Zustimmung des Bundesrates ist gemäß Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil durch das Abkommen auch das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

1. Vor Abschluß des Vertrags hat gemäß der Lindauer Absprache eine umfassende Unterrichtung der Länder stattgefunden.

Die Bundesregierung hat die Ständige Vertragskommission der Länder am 30. März 1992 gebeten, so bald wie möglich das Einverständnis der Länder mit dem Vertrag herbeizuführen. Die Ständige Vertragskommission hat sich am 12. Mai 1992 mit dem Vertrag befaßt und den Länderregierungen die Erteilung des Einverständnisses empfohlen. Die meisten Länder haben ihr Einverständnis bereits erteilt.

2. Nach Auffassung der Bundesregierung enthält der Vertrag keine Vorschriften, die die Zustimmungsbedürftigkeit des Vertragsgesetzes begründen. Insbesondere sind keine Vertragsbestimmungen ersichtlich, die das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden im Sinne von Artikel 84 Abs. 1 GG regeln. Die Stellungnahme des Bundesrates enthält insoweit auch keine konkreten Hinweise.

